

Vergleichende Politikwissenschaft

1.VL: Einführung

1. Definitionen:

- systematische Vergleiche
- loosely structured body of knowledge, alternative frameworks, approaches and methodologies (unterschiedliche Theorien und Ansätze)
- keine Erzeugung von Utopien und Abstraktionen
- Trennung von Vergleichender Politikwissenschaft und vergleichender Methode
- „wenige Fälle, aber viele Variablen“

2. Entwicklung:

bis 50er Jahre: Traditioneller Ansatz (Vergleichende Regierungslehre)

- Beschreibung politischer Systeme, westliche Welt, Verfassungen
- Epirizismus: sehr wenig Modelle und Theorien
- Häufig Einzelfallstudien oder Vergleiche mit sehr wenigen Fällen

50er und 60er Jahre: Behaviouralismus (Vergleichende Politikwissenschaft)

- Umfrageforschung
- Verhalten (Individuum)
- Daten (Entstehung von Datensammlungen und Archive von UNO, OECD oder Weltbank)
- Modellbildung
- Theorie bestimmt Suche nach Daten, welche die Hypothese bestätigen oder falsifizieren
- Trennung von moralischen und wissenschaftlichen Statements
- Weg von den Institutionen, hin zu gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen innerhalb demokratischer Systeme

90er Jahre:

- neue politische Akteure (neue soziale Bewegungen, Grüne, rechtspopulistische Parteien)
- Demokratisierung in Osteuropa
- Ethnische und religiöse Konflikte

Zukünftige Spannungsfelder:

- Verknüpfung unterschiedlicher Analyseebenen, qualitativer und quantitativer Ansätze
- Beziehung zwischen komparativen und historischen Aspekten

3. Ansätze zur Strukturierung

Unterscheidung nach Theorien:

- Rationalistische Ansätze
- Strukturalistische A.
- Kulturelle A.

Unterscheidung nach Untersuchungsobjekt (Wo handelt wer?)

- Rahmen, Netzwerk: Institutionen
- Akteure: Handlungsmuster (rational choice), Akteurstyp (Bürger, Parteien, Regierungen, Parlament, IG)
- Ergebnis (Policy-Analyse)

4. Aufteilung nach konzeptuellem Rahmen (Framework), Theorie und Modell:

konzeptueller Rahmen: allgemeine Erklärungsansätze: abstraktestes Niveau, Identifikation der Elemente und ihren Beziehungen (Hilfe bei Formulierung von Fragen):

- Analyseeinheit (Individuen, kollektive Akteure, Staaten)
- Variablen und Beziehungen
- Analyseniveau (Mikro, Meso, Makro)
- Bandbreite (zB: Etappen des politischen Entscheidungsprozesses)

Theorien und Modell:

- Erklärungen und Prognosen
- Modelle: formale, deduktiv aus axiomatischen Grundannahmen abgeleitet (Ökonomen, rational choice) oder kausale, statistische (offener, stärker induktiv und realitätsnäher)

2.VL: Rational Choice

1. Forschungsstrategien

- **Einzelfalluntersuchung:** vertiefte Untersuchung eines Falls, Falsifizierung einer Hypothese, Process-Tracing
- **Experiment** (künstliche Manipulierung der unabhängigen Variable): selten in Sozialwissenschaft
- **Statistische Methode:** wenn keine kontrollierte Untersuchung möglich (ausreichende Fallzahl vorhanden), Stichprobe aus der Grundgesamtheit
- **Vergleichende Methode** (statistische Methode unter schlechteren Bedingungen, quasi-experimentelle Methode):
 - o *Methode der gemeinsamen Bedingungen* (method of agreement): most different system design, unterschiedliche Fälle, eine gleiche Variable
 - o *Methode der Differenz* (method of difference): most similar system design, experimentelle Methode, viele gleiche Fälle, Reduktion auf eine Variable
 - o *Indirekte Methode der Differenz:* berücksichtigt auch die Fälle, in denen das Phänomen nicht auftritt (doppelte Anwendung der Methode der gemeinsamen Bedingungen)
- **Variablenzentrierte Strategie** (statistische Methode): verallgemeinern, Zufallswahl, höhere Fallzahlen durch Ausdehnung auf mehr Länder oder mehr Zeitpunkte
- **Fallzentrierte Strategie** (QCA = qualitative comparative analysis): method of agreement und method of difference

2. Rational Choice (kognitive Handlungstheorie)

Rationalität:

- Konsequentialismus, Instrumentalismus (Handlung aufgrund Beurteilung der Handlungsalternativen)
- Eigennutzen, Egoismus
- Maximierungs-, Optimierungsannahme (Bedingung: eindeutige Präferenzordnung, damit jeder Handlung unter Berücksichtigung ihrer Vor- und Nachteile zugeschrieben werden kann)

Homo Oeconomicus (Modell)

- handelt eigennützig (nicht-egoistische Erwägungen, Fairness-Prinzipien können implementiert werden)
- nutzenmaximierend,
- rational
- neuerdings: Entscheidungen beruhen auf wahrscheinlichen Handlungen anderer Akteure
- ist vollständig informiert > unvollständige Information

Vorteile:

- Sparsamkeit
- Testbarkeit (Kausale Ableitung, Universalismus, empirische Wissenschaft > falsifizierbare Hypothesen)
- Institutionen und Normen, Kontextvariablen und Fragen der Macht und des Konflikts integriert (was nicht der Fall ist beim neoklassischen Ansatz)

Probleme:

Beispiele:

- Inkrementelles festlegen des Budgets: nur Schritt für Schritt weg von schon getroffenen Entscheidungen > Budget des Vorjahres, Fair-Share-Normen
- Organisationsroutinen: alle Entscheidungen in einer Organisation sind routiniert, Lernen schwerfällig
- Politik-Agenda: räumliche und zeitliche bestimmte Aufmerksamkeitsprozesse bestimmen die Agenda
- Überkooperation: „minimal winning coalition“ vs. „Schatten der Zukunft“ (Sequentielle Spiele)
- Divide the Dollar: Ultimatumspiele; Fairness- und kulturelle Normen
- Framing: Situationsdefinition bestimmt Entscheidung, risikoavers
- Kollektive Rationalität: durch Selbstorganisation einer Gruppe könne soziale Dilemmata effizient gelöst werden

Einschränkungen:

- individuelle Einschränkungen der Menschen:
 - o keine Abwägung aller Aspekte, sondern Reduktion auf einige wenige
 - o Überforderung mit den Berechnungen für eine rationale Entscheidung
 - o Präsentationsform einer Entscheidung beeinflusst Entscheidungsverhalten
 - o Nicht alle verfügbaren Informationen werden verarbeitet
 - o Informationsabkürzungen
 - o kognitive Rationalität: bestimmtes Verhalten, weil als richtig empfunden
- Einschränkungen aufgrund der Umwelt:
 - o Zweideutige Situationen können unterschiedlich interpretiert werden (nicht nur entscheiden, wie ein Ziel erreicht werden kann, sondern auch, was das Ziel sein soll)
 - o Anreizstrukturen und Institutionen

3. Erweiterung der Rational-Choice-Ansatzes:

3.1 Bounded Rationality (Analyse von Regierungsorganisationen):

- Lockerung der Annahme der Nutzenmaximierung
- Lockerung der Annahme der vollständigen Information

Satisficing: Nutzen befriedigen statt maximieren (da menschliche Kapazitäten beschränkt)

- eher kurz- als langfristige Erwägungen
- Ziele nacheinander erwägen
- Entwicklung bestimmter Mechanismen zur Sammlung von Fakten über Umwelt und bescheidene Kapazität, aus diesen Fakten Entscheidungshilfen abzuleiten

3.2: „Dünne Version“ (Levi):

- Ergänzung der Präferenzen durch Normen oder altruistische Motive
- Forschungsziel: Bedingungen zu spezifizieren, wenn Menschen eher „ethisch motiviert“ handeln
- zusätzliche Präferenzen könne dazu führen, dass jedes Verhalten mit einer Präferenz erklärt werden kann (Gefahr: Tautologien)

3.VL: Downs

Downs' ökonomische Theorie der Demokratie (1957)

Bestandteile demokratischer Prozesse:

- Parteienwettbewerb um Wählerstimmen (**Stimmenmaximierer**: Parteiprogramm und Ideologie als Instrumente, um öffentliche Ämter zu erlangen)
- **Rationaler Wähler** (Parteiendifferenzial: Kalkulation des Nutzens bei Wahlsieg einer Partei aufgrund Wahlversprechen)

Annahmen:

- Wahlentscheidung aufgrund *Präferenzen* für bestimmte Anliegen
- Wählerpräferenzen *exogen und unimodal* („single-peaked“)
- Parteiprogramme lediglich auf einer *links-rechts-Dimension*

Unter diesen Annahmen sagt Downs, dass sich die Parteien an Wählerstimmen orientieren

Kritische Diskussion:

- Wahl zum Teil traditioneller oder wertorientierter Akt (sozialpsychologisches Modell)
- Nicht ausschliesslich themenspezifisch, auch Problemlösungskapazitäten und persönliche Merkmale der Kandidaten werden berücksichtigt
- Dimensionalität des Themenraums, relatives Gewicht der einzelnen Dimensionen für die verschiedenen Typen von Wählern
- Amtsinhaber: Bewertung anhand bisheriger Leistungen; Herausforderer: Versprechungen
- Nicht alle Parteien streben Regierungsbeteiligung an; policy-motiviert oder auf Kosten der schärfsten Rivalen stimmen gewinnen
- Problem: Warum nehmen Wähler überhaupt an den Wahlen teil? Reichweite einschränken: Modell nicht auf Wahlen anwenden oder Reichweite erweitern: normative Motive (Verlust der Sparsamkeit des Modells und Gefahr Tautologien)

4.VL: Old Institutionalism und Rational-Choice Institutionalism

1. Alter Institutionalismus

„old institutionalism“: seit den 50er Jahren vorherrschend; exekutive, legislative und judikative Bestandteile eines Staates, keine Theorien

- Kontextuell (Politik als integraler Bestandteil der Gesellschaft)
- Reduktionistisch (aggregierte Konsequenzen individuellen Verhaltens)
- Utilitaristisch (Produkt kalkulierter Eigeninteressen)
- funktionalistisch (historische Entwicklung als effizienter Mechanismus)
- instrumentalistisch (Entscheidungsprozesse und Ressourcenallokation)

Kritik:

- zu satisch (Pluralisten)
- zu wenig Beachtung der Individuen (Behaviouralisten)

Weitere Entwicklung: Behaviouralismus und Rational-Choice (Kritik an diesen Ansätzen: Politikereignisse können nicht durch die Aufsummierung von Akteurspräferenzen erklärt werden)

2. Neo-Institutionalismus:

- Institutionen verändern individuelle Interessen (Präferenzen verzerrt, Aggregation ineffizient, d.h. Ergebnisse und Entscheidungen entsprechen nicht den summierten Präferenzen)
- Politisches Handeln durch institutionelle Verfahren geprägt
- relative Autonomie der Politik gegenüber sozialen und politischen Akteuren (Reaktion auf Kontextualität)
- Komplexität von politischen Prozessen (R. a. Reduktionismus)
- Zentrale Rolle von Bedeutungen und symbolischem Handeln (R. a. Instrumentalismus)

Zum Neo-Institutionalismus werden gezählt:

- Rational-Choice-Institutionalismus
- Historischer Institutionalismus
- Soziologischer Institutionalismus

3. Rational-Choice-Institutionalismus:

Entstehung von Institutionen:

- nutzenorientiert
- Reduktion von Unsicherheit
- erleichtern Kooperation (wenn es kurzfristig gesehen, Anreize zur Nichtkooperation gibt)

Kooperation lohnt sich spieltheoretisch bei Wiederholung, vollständiger Information über frühere Leistungen seiner Mitspieler, wenigen Spielern (wiederholtes Gefangenendilemma)

Strukturinduziertes Gleichgewicht:

GG bei Politiklösung unter Mehrheitsregel fast unmöglich (immer neue Koalitionen); mit den richtigen „rules of procedure“ kann jedoch ein strukturinduziertes GG gefunden werden

Funktionen:

- Identifikation der relevanten Akteure
- Bestimmung mögliche Alternativen
- Festlegung erlaubter Interaktionsweisen
- Distributive Probleme der Politik lösen
- Informationsprobleme lösen
- Transaktionskosten senken

Veränderungen:

- Stabilität nur für gewissen Zeitraum, Abänderung möglich
- Können strategisch eingesetzt werden
- Streitpotential, da von grosser Wichtigkeit

Definition: Institutionen

Formelle und informelle Spielregeln des politischen Prozesses; Prozeduren, Praktiken, Konventionen, die in der Organisationsstruktur enthalten sind

Eigenschaften des Rational-Choice-Institutionalismus:

- methodologischer Individualismus
- exogen gegebene Präferenzen
- eher kurzfristiger Zeithorizont der I.
- I. als intervenierende Variable
- I. lösen kollektive Dilemmate und Verteilungskonflikte
- I. reduzieren Transaktionskosten
- eher deduktive Vorgehensweise
- sparsamste Version

5.VL: Rational-Choice Institutionalism (Vetospieler Theorie und Police Patrol – Fire Alarm Modell)

1. Vetospielertheorie von Tsebelis (2002)

Tsebelis postuliert eine *Klassifikation* aller Regierungssysteme anhand ihrer Vetospieler

Vetospieler: dessen Zustimmung ist für Politikveränderung notwendig

Institutioneller Vetospieler: Verfassung

„*Partisan – Vetospieler*“: aufgrund Präferenz, Zustimmung nicht notwendig und hinreichend

Effekte: Reduktion von Agenda Setting, Instabilität der Regierung, Instabilität des Regimes, verstärkte Unabhängigkeit der Bürokratie, stärkere Gerichte

Modell: „Winsets“

- zwei politische Dimensionen (Downs nur eine)
- Präferenzen zirkulär (nicht unimodal)
- Schnittstellen zwischen Indifferenzkurven = Winsets (mögliche Punkte für eine Einigung auf eine Politiklösung zwischen zwei Parteien)

Hypothesen:

1. Mehr Spieler (= kleinere Winsets) > geringere Chance auf Politikwandel/mehr Stabilität
2. Grössere Distanz zwischen zwei Spielern (= kleinere Winsets) > geringere Chance auf Politikwandel/mehr Stabilität
3. Grösserer Zusammenhalt eines kollektiven Spielers > geringere Chance auf Politikwandel/höhere Stabilität

Beispiele: Reduktion des Haushaltsdefizits (USA, NL > viele Vetospieler, kein Wandel; Schweden > Einparteienregierung, Wandel), Reform des Gesundheitswesens

Kritik:

- vereinfachend (Präferenzen?)
- Identifizierung Vetospieler nicht immer eindeutig (potentieller oder tatsächlicher? Problem bei Klassifikation)
- Kooperative Vetospieler: echte Präferenzen und an Lösung interessiert > Weiterentwicklung: kompetitive Vetospieler : strategische Überlegungen

2. Police Patrol und Fire Alarm Modell von McCubbins/Schwarz (1984)

Kontrolle der Legislative über die Exekutive: Principal – Agent Modell

Idee: amerikanische Legislative kontrolliert die Exekutive mit einem bewusst (rational) gewählten Instrument (Institution), in diesem Fall ist das sog. Fire Alarm Modell

Police Patrol:

- unabhängig vom Bedarf
- zentral, aktiv, direkt
- Observation, Hearings

Fire Alarm:

- warten bis Alarmierung durch Bürger
- weniger zentral, weniger aktiv, indirekter
- institutionelle Vorkehrungen (Initiative, Referendum, Möglichkeit der Artikulation von IG's: einfach Anfrage oder Petition, Ombudsmänner, Sprechstunde bei Politikern)

Rationale Begründung: Kostenersparnis, Effektivität, Vermeidung von Schuldzuweisung (Blame Avoidance)

6.VL: Historischer Institutionalismus

1. Grundlagen

- Entstanden aus der makro-analytischen, strukturalistischen, vergleichenden Geschichtsschreibung (60er und 70er Jahre; Marx, Weber; Giddens, Huntington, Skocpol, u.a.); menschliche Identitäten, Interessen und Interaktionen im Wesentlichen von „*huge processes*“ bestimmt (kapitalistische Entwicklung, Säkularisierung, politische und wissenschaftliche Revolution, Verbreitung der Massenkommunikationsmittel, Staatformung, etc.)
- Fokus des historischen Institutionalismus liegt auf der Art und Weise wie Institutionen die Aggregation von individuellen und Gruppeninteressen formen

2. Definition Institutionen:

- Einschluss von über Zeit gewachsenen, festgeschriebenen Regeln (breiter als rat. Inst.)
- Institutionen nicht nur instrumentelle Lösungen für GG (rat. Inst.), sondern können auch historisch gewachsene, nicht immer rationale „Lösungen“ beeinhaltet (Bsp. House of Lords in England mit Gräfen, Barone, Bischof, etc.)
- Institutionen bilden eine „politische Möglichkeitsstruktur“, welche die Handlungsmöglichkeiten der Akteure festlegen (asymmetrische Machtkonstellationen)

3. Eigenschaften:

Fokus auf den Institutionen, nicht auf den Akteuren; Bsp.: Vetopunkte (wunder Punkt bei Institutionen, Lobbying möglich) vs. Vetospieler (Akteure entscheiden rational)

3.1 Akteurspräferenzen (eklektisch):

- calculus approach: instrumentalistische bzw. rationale Variante (optimizer)
- cultural approach: wertrationale bzw. kulturelle Variante (satisficer)
- sticky Präferenzen (Aspinwall/Schneider 2000): Entscheidungen schaffen ein Netz von Regeln und Verhaltensmuster, rationales Handeln zwar möglich, jedoch nur eine immer enger werdende Auswahl

3.2 Machtungleichgewichte:

Die drei Dimensionen von Macht

- „direkte Form“: Entscheidung beeinflussbar
- Entscheidung unterdrücken (Agenda-Setting)
- Institutionelle Restriktionen/Möglichkeit für Entscheidungen (Institutionelle Regeln bevorzugen gewisse Individuen)

Gründe für Ungleichgewicht (asymmetrische Machtverhältnisse):

- Strukturen eines Staates beeinflussen den Handlungsspielraum (strukturell)
- Ideen (kulturell)

Beispiel: Privilegierung der kath. Kirche mit „Wort zum Sonntag“ > nicht rational, sondern historisch gewachsen

3.3 Pfadabhängigkeit:

Modell: „History matters“

- politische und soziale Entwicklung als Folgen bestimmten Ursachen ist immer kontextabhängig, frühere Etappen der historischen Entwicklung prägen die späteren (history matters)
- critical juncture: kritischer Moment, Weichenstellung
- inkrementelle Periode: Schrittweise Entwicklung, ergibt sich aus der Weichenstellung aufgrund Feedbacks (Mechanismen der Selbstverstärkung)
- funktionale Feedbackeffekte: Beeinflussung der Motivationsstruktur

- *distributive* Feedbackeffekte: Verteilung von Vorteilen (Erleichterung der Organisationen einzelner Gruppen vs. Desorganisation anderer)

Betonung der folgenden Elementen des politischen Prozesses:

- **multiple Equilibria** (mehrer mögliche Resultate)
- **Kontigenz** (unbedeutende Ereignisse können langfristig wichtige Konsequenzen haben)
- **Timing** (Moment in dem ein Ereignis eintritt ist zentral)
- **Trägheit** (Pfad mündet in einem gegen Wandel resistenten GG)

Beispiel: unterschiedliche Macht der Gewerkschaften aufgrund geschichtlicher Entwicklung (Ghent-System: Arbeitslosenversicherung von den Gewerkschaften organisiert)

Kritik:

- Zu voluntaristisch: beinahe unbedeutende Faktoren können den in den kritischen Momenten den Ausschlag geben > kontrastiert mit der Mehrheitsmeinung im hist. Inst.
- Zu deterministisch: Entwicklung geht nicht immer in die gleiche Richtung (Anpassung heisst Stärkung der Institution und fortschreitende Verengung des Handlungsspielraums; nicht Angepasste sind Verlierer), Institutionen können untergraben und verändert werden

Modifikation:

- Versuch der systematischen Erklärung der kritischen Momente
- Berücksichtigung der laufenden Modifikationen des institutionellen Rahmens

VL 7: Historischer Institutionalismus und Rational-Choice Institutionalismus im Vergleich

7.1: Tabelle

7.2: Kritik am Historischen Institutionalismus

- Falsifizierbarkeit
- Profitieren von positivistischen Modellen (Veto-Spieler-Theorie; es sind immer Fälle zu finden, die der Theorie widersprechen), obwohl sie diese kritisieren; selbst entwickelt der hist. Inst. jedoch wenig Modelle, bleibt stark kontextabhängig, „kontextverhaftet“
- Betonung der Einzigartigkeit hemmt die Theoriebildung

7.3: Weiterentwicklung:

- „akteurszentrierter Institutionalismus“ (Scharpf 1997); Kombination von Rational-Choice Inst. und hist. Inst., vor allem in Deutschland
- nicht immer trennscharf („irgendwann kommt einfach alles mitrein...“)

VL 8: Soziologischer Institutionalismus

1. Politische Kultur als Symbolsystem:

1.1 Subjektive und intersubjektive Perspektive

- Max Webers soziales Handeln: interaktiv (strategisch > rational choice) und kulturell verankert (Kultur wird in sozialen Interaktionen reproduziert > Kulturanalyse)
- Subjektive Perspektive: Bürgerkultur-Ansatz; untersucht individuelle Einstellungen und Werte der Bürger (Ingelhardt); Kultur steuert das Handeln über fundamentale Wertvorstellungen (Bestimmung der Ziele, **Präferenzen**)
- Intersubjektive Perspektive: Kulturanalyse; untersucht nicht warum, sondern wie; Erfahrungsschatz der Mitglieder einer sozialen Gruppe bzw. sinnhaften Ordnung, welche die

Mitglieder verstehen und sie in ihren Interaktionen voraussetzen; Kultur bezieht sich auf die in den Handlungen verwendeten **Mittel** (Restriktionen, Möglichkeitsstrukturen); „Tool-Kit“

1.2 ethnologisch-soziologische Perspektive

- Symbolsystem: System an Bedeutungen, die in Symbolen verkörpert sind; verweist auf **sinngabende (semiotische) Praktiken**, die ermöglichen, Handlungen zu konstruieren
- „Sinn“ verweist auf Verständlichkeit von sozialen Handlungen
- Kultur als Prozess: sozialer Prozess der Sinngebung; Reproduktion der Bedingungen, die es erlauben, die Welt zu verstehen werden (Weltanschauung)
- Repertoire („Tool-Kit“) von Traditionen, Gewohnheiten, Fähigkeiten und Stilen
- Verhalten, Institutionen und soziale Strukturen sind nicht Kultur, sondern kulturell konstituiert
- Kultur verweist auf **das den Handelnden Gemeinsame**

2: Soziologischer Institutionalismus:

2.1 Organisationssoziologie und Soziologischer Institutionalismus

- Max Webers Bürokratie: Organisationsformen setzen sich nicht aufgrund Effizienz durch, sondern eher den Charakter von kulturellen Praktiken (vergleichbar mit Mythen und Zeremonien traditionellen Gesellschaften)
- Organisation bevorzugt aufgrund kultureller Werte
- Soziologischer Inst.: Hypothesen über gemeinsames Verhalten aufgrund **globaler Kultur**

2.2 Definition

- breiter: Institutionen als Symbolsysteme, kognitive Schemata und normative Modelle
- Bezugsrahmen für soziales Handeln
- **Institution = Kultur**

2.3 Wirkung

- kognitive Dimension
- Institutionen **legen Präferenzen fest**

2.4 Ursprung und Wandel

- aufgrund Beitrag zur sozialen **Legitimität**

2.5 Forschungsagenda

- Ähnlichkeit von Staaten in so unterschiedlichen Situationen
- Bsp.: Verfassungen, Gastarbeiter, Bildung, Militär

3. Funktionen von Kultur:

- Rahmen für Politikgeschehen: Kultur ordnet politische **Prioritäten**, bestimmt was Menschen als diskussionswürdig halten, definiert die Art wie die Interessen verfolgt werden
- Verbindung individueller und kollektiver Identitäten: Definition von **vernünftigen und unvernünftigen Handlungen**, Menschen mit kollektiver Identität fühlen sich einig
- Definiert Gruppenzugehörigkeit und organisiert Handlungen: Gruppenzugehörigkeiten enthalten klare **Erwartungen, wie man handeln soll** (auch wenn Definitionen permanent umstritten > Bsp.: amoralischer Familismus in Italien)
- Rahmenwerk zur Interpretation von Handlungen und Motiven: ausgesandte und empfangene Botschaft identisch; **Interessen**: mehr oder weniger transparent (Kostennutzenmaximierung, Machtausweitung); **Motive**: erst durch Analyse bestimmter, kultureller Kontexte verständlich
- Ressourcen für politische Organisation und Mobilisierung: Instrumente, Bsp. Spezifische kulturelle Praktiken wie **Religion**

4. Kritik:

- hermeneutischer Zirkel: wie ist es möglich, eine fremde Kultur mit den Mitteln der eigenen Kultur zu verstehen?
- Reichweite: ab welcher Schwelle sprechen wir von Kultur? (Definition der Analyseinheit?)
- Stabilität: Konstruktion von Bedeutungssystem ein Resultat politischer Auseinandersetzung?

- „setteled lives“: unbewusstes Folgen eines gemeinsamen Skripts, Common Sense, Wandel: idealistisches Modell (evolutionistisch)
- „Unsetteled lives“: Krisenperioden, schneller Wandel: Diffusionsmodell (genuine Innovationsprozesse innerhalb eines kulturellen Raums)
- Möglichkeit kausaler Erklärungen: „dichte Beschreibungen“, interpretative Analyse gibt keine Kausalerklärungen
- Kultur kann nicht von anderen Konzepten unterschieden werden, weil zu breit definiert

VL 9: Politische Werte

1. Grundfrage:

Bestandesvoraussetzungen und Überlebensbedingungen der *repräsentativen Demokratie*?

- Institutionalisten und Elitisten: institutionelle Designs oder Einstellung der Eliten
- 30er und 40er Jahre: frühe Studien, postulierten „nationalen Charakter“, bescheidene empirische Untersuchungen
- 50er Jahre: Kulturansatz: Einstellung und Kompetenzen der Bürger (Wahlforschung, verhaltenstheoretische und sozialpsychologische Revolution)

2. Civic Culture (Almond/Verba: 1963): Wie beeinflussen Werte und Einstellungen die Demokratie?

(Untersuchung in GB, USA, D, I und Mexiko)

2.1 Theoretischer Hintergrund:

„Kongruenz-Theorie“ (Harry Eckstein, 1966); Orientierung der Bürger (geformt durch nicht-politische Institutionen) muss mit politischen Prozessen und Institutionen übereinstimmen, sonst politische Institutionen instabil

2.2 Die drei Dimensionen von Politischer Kultur:

- Kognitiv: gewisser Informationsstand über politisches System ist notwendig
- Affektiv: gewisser Glaube an Bedeutung von Politik
- Evaluativ: Beurteilung des politischen Systems entsprechendes Wissen betreffend ob und wie partizipieren

2.3 Arten der Politischen Kultur:

- lokale Kultur (1) (parochial culture): politische Institutionen auf lokale Ebene beschränkt, geringes politisches Bewusstsein, geringer Bildungsstand, traditionelle Gesellschaften
- Untertanenkultur (2) (subject culture): Bürger der Regierung bewusst, partizipieren aber kaum
- Teilnehmerkultur (3) (participiant culture): Bürger haben politisches Grundwissen, fühlen sich kompetent

2.4 Objekte der Orientierung:

- System als Ganzes (A) (nationale Gemeinschaft, Typ politischer Ordnung)
- Input (B) (Parteien, IG's, Behörden)
- Output (C) (Leistungen, Policies)
- Selbst als politischer Akteur (D) (Ansichten betr. eigener Kompetenz, Normen politischen Engagements)

	(A) System	(B) Input	(C) Output	(D) Selbst
(1) Parochial	O	O	O	O
(2) Subject	X	O	X	O
(3) Participiant	X	X	X	X

2.5 Gemischte Kulturen:

- Real existierende Kulturen sind stets Mischkulturen; lokale Orientierung bei Primärbeziehungen, aber auch passive Orientierung des Untertanen und aktive teilnehmende Bürger
- Demokratien benötigen einen balancierten Satz von politischen Orientierungen (Civic Culture)
- Drei GG's: Macht – Responsivität (passiver und aktiver Bürger, „potenziell aktiver Bürger“); Konsens – Konflikt; Affektivität – Affektneutralität (Emotionen)

2.6 Kritik:

- „Ethnozentrismus“ (weisser Mann, Mittelschicht) / Ideologieverdacht
- für viele Menschen in untersuchten Ländern nicht anwendbar
- Kulturkonzept zu eng gefasst (keine Berücksichtigung von Verhalten, sozio-strukturellen Merkmalen, „Catch all“-Problematik)
- Methodologische Probleme: Schluss vom Verhalten von Individuen auf die Kultur eines Landes; umstritten, wie empirisches Material verarbeitet wurde

2.7 Lob:

- Umfrageforschung
- Sinnvolle Verbindung empirischer Studien mit normativer Fragestellung (aus neutral gewonnen Ergebnissen normatives Ideal abgeleitet)
- Inspiration für viele Folgestudien

3. Inghelhart's Theorie des Wertewandels (1977): Wie entstehen Werte und wie wandeln sie sich?

(die gleichen Fragen in über 40 Ländern, 70% der Weltbevölkerung „World Values Survey“)

3.1 Politische Kultur:

- bezieht sich auf individuelle Einstellungen und Kompetenzen (welche jedoch Teil der kulturellen Prozesse auf der gesellschaftlichen Ebene sind)
- Einstellungen wurzeln in fundamentalen Wertvorstellungen
- Wertvorstellungen wandeln sich aufgrund Systemveränderungen

3.2 Annahmen:

- Mangelhypothese: Wertorientierungen durch die relative **Knappheit der Wertobjekte** bestimmt
- Bedürfnispyramide von Maslow:
 - o Grund- und Existenzbedürfnisse (physiologische Bedürfnisse, Versorgung)
 - o Sicherheit
 - o Soziale Bedürfnisse, Zugehörigkeit, Achtung
 - o Wertschätzung (intellektuell)
 - o Selbstverwirklichung (ästhetisch)
- Sozialisationshypothese: **Werterangordnung** widerspiegelt die Bedingungen während der Sozialisation der **Adoleszenz** (12 bis 20-jährig, nicht Kindheit)
- Wertewandel nicht von einem Tag auf den anderen (Kultur als konservatives Element, **Trägheit** muss überwunden werden)
- Werte: **materielle** (Sicherheit, Nahrung) und **postmaterielle Werte** (Selbstverwirklichung, Erfüllung ästhetischer und intellektueller Bedürfnisse)
- Gesellschaftlicher Wertewandel:
 - o materiell zu postmaterieil
 - o autoritär zu libertär
 - o rechts nach links
 - o „alte Politik“ zu „neue Politik“

3.3 Postmodernismus-Studien:

- modifizierte Form der **Modernisierungstheorie**: wirtschaftlicher, politischer und kultureller Wandel im Gleichschritt und teilweise voraussagbar
- zwei Wandlungsprozesse: **Modernisierung** (von traditioneller zu Industriegesellschaft mit Bürokratisierung und Industrialisierung) und **Postmodernisierung** (Übergang zur

Postmoderne mit postmateriellen Werten, Überwindung von autoritären und hierarchischen Strukturen)

3.4 Kritik (van Deth und Scarbrough: 1995)

- Links-rechts-Dimension immer noch relevante Dimension
- Fusion statt Ersatz
- Weiterentwicklung: Verlangsamung?
- Fehlen nicht noch weitere Elemente um Postmaterialismus zu erklären?

4. Weiterentwicklung: „Einstellungs-politische Kultur“:

Ausgangspunkt (wie bei Ingelhart): Einstellung auf Mikro-Ebene beeinflusst Demokratie auf der Makro-Ebene; Problem: häufig nicht getesteter Zusammenhang

4.1 Legitimitätsansatz (Klingenmann: 1999)

- wesentliche Variable: **Vertrauen der Bürger in öffentliche Institutionen**
- empirische Befunde (Ingelhart und Welzel: 2005): kein signifikanter Zusammenhang zwischen Vertrauen und demokratischer Leistung

4.2 Kommunitaristischer/Sozialkapitalistischer Ansatz (Putnam: 1993)

- „*Civic Values*“ = Betonung gesellschaftliche **Verbindungen und Loyalität zur Gemeinschaft** (Ausgedrückt in Freiwilligenarbeit, Vereinen und zwischenmenschlichem Vertrauen)
- *Toqueville: Verein als Schule der Demokratie (Mafia? Hierarchische Vereine?)*
- Empirische Befunde (Ingelhart und Welzel: 2005): Mitgliedschaft in Vereinen und Normenbefolgung haben keine Einfluss auf Demokratie, zwischenmenschliches Vertrauen jedoch hat einen positiven Einfluss

4.3 „Human Development“-Ansatz (Ingelhart/Welzel: 2006)

- *Civic Values* aus dem Kommunitaristischen Ansatz übernommen (wichtiger als Einstellungen zum politischen System)
- **Self-expressed values** (Werte der eigenen Motivation) sind wesentlich, jedoch NICHT von der Gesellschaft beeinflusst
- Keine angepassten, sondern **emanzipierte Bürger** sind entscheidend für Demokratie
- Empirische Befunde: Werte der Self-expression haben positiven und signifikanten Einfluss auf Demokratie

5. ausgewählte Befunde aus der Politischen Kulturforschung

- westliche Demokratien werden zwar unterstützt, doch wächst Unzufriedenheit mit der Realisierung
- Ansprüche der Bürger sind gestiegen (gestiegenes Bildungsniveau)
- Bürgertypus des kritischen Demokraten: potentiell innovative Kraft in Demokratien

VL 10: Politische Partizipation

1. Allgemeines

- genereller Anstieg in den letzten Jahrzehnten
- „konventionelle“ Partizipation: Wählen, Aktivitäten in Wahlkampagnen (Fokus der Forschung in den 1950er Jahren)
- „unkonventionelle“ Partizipation: Protest, Political Shopping, Demos, Petition, Buttons, etc. (1960er / 1970er Jahren)

2. Deprivationsansatz

- *Deprivation*: „etwas nicht haben“, „von etwas beraubt sein“
- Frage: ob Partizipation
- **Protest** als Ausdruck von **Frustration und politischer Entfremdung** (Frustration führt zu Aggression)
- Politischer Unzufriedenheit soll Vorhersage bezüglich Partizipation ermöglichen
- Unkonventionelle Aktivitäten sind daher vermehrt von Minderheiten oder Entrechteten unterer gesellschaftlicher Schichten zu erwarten
- *Kritik*: empirisch jedoch nicht bestätigt

3. SES: Sozioökonomisches Modell (Verba und Nie 1972)

- Frage: ob Partizipation
- Erklärung der politischen Aktivität durch **Bildung, Einkommen und Beruf**
- Soziale Klasse und sozialer Status für Vorhersage politischer Partizipation sehr geeignet
- *Kritik*: keine Erklärung des Mechanismus zwischen Klasse und Aktivität

4. Ressourcenmodell (Brady et al. 1995)

- Frage: ob und warum Partizipation
- Erklärung der politischen Aktivität durch die Ressourcen **Geld, Zeit, Civic Skills** (Politisches Geschick: Besprechungen, Reden, Briefe, Treffen planen), **Interesse und Bildung**
- Aufgrund unterschiedlicher Ressourcen unterschiedliche Partizipation
- *Einfluss der Ressourcen*:
 - o Wählen: politisches **Interesse** massgebend (Geld spielt keine Rolle)
 - o Wahlkampfspenden: **Geld** (kein Einfluss von Civic Skills oder Zeit, geringer Einfluss von politischem Interesse)
 - o Mitarbeit in Wahlkampagnen, Engagement in Gemeinde, Teilnahme an Ausschüssen: starker Einfluss von **Zeit**, Einfluss von **Civic Skills**, politischem **Interesse** und **Bildung**
- *Familien*: sind untervertreten weil zeitraubend (3 1/2 h täglich)
- *Bildung*: motiviert Interesse und führt zu Skills
- *Vorteile des Modells*: Erklärung, wie sozioökonomische Variablen zu Ressourcen führen (Mechanismen werden deutlich)

5. Überblick über die Forschung

- Ideal des vollständig informierten Bürgers, des „**Supercitizen**“: *Toqueville, J.S. Mill, John Locke* sahen den informierten Bürger als Garant für eine Demokratie (um nicht von korrupter Elite manipuliert zu werden)
- *1950er und 1960er Jahre*: Erkenntnisse, dass viele Bürger weniger informiert waren als angenommen und wenig im politischen Geschehen involviert waren; „**unsophisticated Citizen**“; **elitistische Demokratietheorie** (allseits aktiver Bürgern nicht sinnvoll, eher ein potentiell aktiver, „Mischkultur“)
- *Dalton (2002)*: **Prozess der kognitiven Mobilisierung**
 - Tiefere Informationskosten (Fernsehen, Nachrichtenprogramme; jedoch auch verstärkte Manipulation, Beispiel Beleuchter bei TV-Debatte von Kohl, „in schlechtem Licht“)
 - Fähigkeit der Öffentlichkeit, politische Information zu verarbeiten, sind gestiegen (gestiegenes Bildungsniveau)
 - Es ist nicht unbedingt rational, vollständig informiert zu sein; Informationsabkürzungen:
 - o „**Issue Publics**“: Gruppen von Bürgern, die sich aufgrund Interesse für spezielle Themen zusammensetzen und darüber besonders gut informiert sind (Beispiel Bauern,

- Eltern), „themenbezogene Informiertheit“; Probleme aus demokratietheoretischer Sicht: kohärentes Ganzes wird schwierig, elitär
- **Schema-Theorie:** jeder hat seine Brille („Wirtschaftsbrille“; „EU-ist-toll-Brille“)
 - **Heuristiken / „Political Cues“:** Hinweise von Menschen (Intellektuelle, Pfarrer, Experten), Gruppen (Parteien, NGO's) etc.

6. Politikverdrossenheit

- Partizipationsforschung kann den Trend zur Politikverdrossenheit nicht bestätigen
- Grundsätzliche Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie (beste Regierungsform, eine „gute Idee“)
- Jedoch: aufgrund besserer Informiertheit auch höhere Anforderungen an das politische System; „*changing nature of citizen politics*“; Vertrauen in PolitikerInnen sinkt

VL 10: Parteien

1. Definitionen

- *promoting national interest* (**nationales Interesse**; Burke 1770)
- *acquisition of „social power“* (**Macht** um etwas zu erreichen; Weber 1922)
- *coalition seeking to control the governing apparatus* (Ziel ist **Regierungsverantwortung**; Downs 1957)
- *fighting organization, conform to the laws of tactics* (strategisches **Handeln**; Michels 1962)
- *group seeking to elect governmental officeholders under a given label* („**Label**“ als Mittel zum Zweck, Ziel ist **Regierungsbeteiligung**; Epstein 1967)
- *coalitions of elites to capture and use political office, institutionalized, adopted rules, norms and procedures* (**interne Regeln und Normen**, wie werden Parteien regiert? Aldrich 1995)

*Politische Partei ist eine autonome Gruppe von Bürgern mit der Absicht **Nominationen zu tätigen und an Wahlen teilzunehmen** (Mittel) in der Hoffnung öffentliche Ämter besetzen und Einsitz in der Verwaltung erlangen zu können um dadurch die **Kontrolle über die Regierungsmacht** (Zweck) zu haben.* (Huckshorn 1984)

2. Ziele

- **Office-seeking:** Regierungskontrolle (an die Macht zu kommen und an der Macht zu bleiben, Bsp: FDP in D, Koalitionswechseln (Kohl), sogar bereit Stimmen zu „opfern“)
- **Policy-seeking:** Realisierung von Politikprogrammen (thematische Orientierung, Bsp: Grüne)
- **Vote-seeking:** Stimmenmaximierer (so viele Stimmen wie möglich, Downs)

3. Methoden (Tätigkeitsfelder)

- **Wählerarena:** „*contesting elections*“
- **Regierungsarena:** „*making nominations*“

4. Entstehung

16. bis 19. Jahrhundert:

- Ursprung **innerhalb von Parlamenten** (nicht vom Volk)
- Zusammenarbeit: Koordination effektiver
- Ziel: Entmachtung des Monarchen (Regierung soll vom Parlament gewählt werden, nicht vom König)

Bis 20. Jahrhundert:

- **Ausserparlamentarischer** Ursprung
- starke Einschränkung des Wahlrechts führt zur **Mobilisierung der Ausgeschlossenen** (Frauen, Arbeiter)
- Ziel: keine Segregation mehr, Parteien entwickeln Demokratie

5. Funktionen

5.1 Koordination

- innerhalb der Regierung: **Brücke zwischen Legislative und Exekutive**; Fraktionen bestimmen die **parlamentarische Agenda**; sorgen für **kohärentes Abstimmungsverhalten**; Mechanismus, um Parlamentarier zurechnungsfähig gegenüber Wählern zu halten
- innerhalb der Gesellschaft: organisieren und kanalisieren die politischen Aktivitäten der Bürger (**Artikulation und Aggregation**); dienen als **Referenz- und Identifikationspunkt** für Bürger (Heuristiken)
- zwischen Regierung und Gesellschaft: **Brücke zwischen Bürgern und der Partei im Amt**

5.2 Wahlkampf

- Parteien **stellen Kandidaten**
- Parteipolitische Zugehörigkeit meistens „wichtigstes Label“ eines Kandidaten

5.3 Rekrutierung

- Besetzung der Parteilisten: **Rekrutierung und Selektion von Kandidaten**

5.4 Repräsentation

- Vertretung ihrer Anhänger (**Agent des Volkes**)

6. Parteimodelle (Katz/Mair 1997, Katz 2005):

6.1 Kader- oder Eliteparteien (Partei Teil des Staates)

- früheste, moderne Parteien, *bis Mitte 19. Jahrhundert*
- Aufstieg dank Klientel oder Patron, **innerhalb des Parlament**
- Wunsch: **Repräsentation der Nation** (auch nicht sehr ausgeprägte demokratische Mittel wurden dazu angewendet...)
- Relevante politische Kräfte waren Politiker oder hatten enge persönliche Kontakte zu Politikern
- Politiker als **Vertrauensperson**, kümmert sich um das **Wohl der Gesellschaft**
- Starke Konzentration der Organisation der Partei auf Abgeordnete und ihre Umwelt

6.2 Massenparteien (Partei zwischen Gesellschaft und Staat)

- *ab 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts*
- entstehen **ausserhalb des Parlaments** („Entstehungsmythos“), eingeschränktes Wahlrecht
- **Repräsentation bestimmter Gruppen** (Gewerkschaften)
- Basis ist eine „natürliche“, homogene Wählerschaft (alle Arbeiter)
- Grosser Organisationsaufwand (Mitgliedschaft, Parteikongress, Parteihierarchie)
- Politiker kümmern sich um das **Wohl ihrer Klientel**
- *Theoretisch*: Amtsinhaber als Agent der Partei (jedoch: „**ehernes Gesetz der Oligarchie**“; Dominierung einer Partei durch ihre Elite, welche eigene Interessen verfolgen, Privilegien geniessen und die über die soziale Basis bestimmen; Druck auf die Mitglieder)

6.3 Catch-All-Parteien (Partei rückt wieder näher zum Staat)

- „Allerweltparteien“: schlechte Übersetzung, nicht „beliebig“, Catch-All **so viele Menschengruppen wie möglich** ansprechen (Vote-seeking)
- Ausweitung und Umorganisation: eine gesellschaftliche Gruppe keine ausreichende Basis mehr; Wählerschaft heterogen

- Stimme derjenigen Partei, welche eine **ähnliche Position bezüglich einer bestimmten Politik** aufweist; **Entideologisierung der Ziele**
- **Partei als Broker**: Anliegen der Bevölkerung werden in die Staatstätigkeit eingebracht – aber auch umgekehrt
- **Massenmedien** unterstützen Kommunikation auch gegenüber Nicht-Mitgliedern
- Problem: aufgrund **schwindender Mitgliederzahlen** sinkende finanzielle Mittel, gleichzeitig höhere Kosten durch **Professionalisierung**

6.4 Kartellparteien (Partei noch näher beim Staat)

- **Sprachrohr des Staates** (nicht mehr Broker)
- **Entideologisierung der Mittel** (nicht nur der Ziele); keine Inhalte mehr (Bsp. Werbespott 1998), eher Emotionen
- Ein **Kartell wird aufgebaut** (Verständigung der Parteien auf gemeinsame Ziele, Mangel an Wettbewerb), um sich **vor Risiko der Wahlen zu schützen**: keine neuen Parteien (5%-Hürde), schwierige Themen nicht zugelassen (Tempolimit auf D-Autobahnen), politische Verantwortung wird abgeschoben (Office-seeking)
- Schutz vor innerparteilicher Konkurrenz durch **Miteinbeziehung von Nicht-Parteimitgliedern oder Consultants**
- *Folge*: gewisse Bevölkerungskreise fühlen sich nicht mehr vertreten; Basis für **rechtspopulistische oder Anti-Establishment-Parteien**

6.5 Anti-Kartell-Parteien

- Entstanden **aus Frustration über etablierte Parteien**
- Parteien der neuen Rechten, „Bewegungsparteien“
- Autopartei > Freiheitspartei; frühe grüne Parteien (Policy-seeking)

6.6 Business-Firma-Parteien

- Partei als „**Filiale**“ eines Konzerns
- Alles auf eine Person/Firma ausgerichtet
- **Forza Italia**

7. Ideologien der Parteien

- Parteien *strukturieren den politischen Konflikt*
- **Links-Rechts Dimension** nach vorherrschend (Frozen Cleavages)
- Politische Spannungen strukturieren Parteiensystem; **Fragen der Nation** (Bildung und Kontrolle des Staates) und **Fragen der Wirtschaft** (industrielle Revolution und Kontrolle der Wirtschaft)
- **Links**: sozialistische wirtschaftliche Vorstellungen (mehr Einwirken des Staates in der Wirtschaft, mehr Redistribution, ausgebaute Wohlfahrtsstaatspraktiken, Verstaatlichung)
- **Rechts**: bürgerliche Parteien (Liberale, Unterstützung der Wirtschaft und des Kapitalismus) und Christdemokraten und Bauernparteien
- Seit den 1960er Jahren: **Neue Linke** (Postmaterialismus: Umweltschutz, Feminismus) und **neue Rechte** (gegen gesellschaftlichen Wandel wie Immigration, Feminismus, kultureller Liberalismus; Single Issues, zB Sicherheit) und ethno-regionalistische und separatistische Parteien (Scottish National Party)

8. Entwicklung von Parteien

- Abnehmende Mitgliedschaft (durch Catch-All Partei)
- Schwächung der sozialen Klasse als Basis für Parteipolitik
- Trend der abnehmenden Mitgliedschaft hält weiter an...

9. Herausforderungen

- zunehmende Komplexität der Probleme

- zunehmende Geschwindigkeit von gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen (Globalisierung)
- kognitive Mobilisierung (steigende politische Fähigkeiten der Bürger)

VL 11 + 12: Policy Analyse

1. Definition und Forschungsinteresse

Policy: **Inhalt** politischer Entscheidungen in verschiedenen Politikfeldern; Erscheinungsform: Aufgaben und Ziele, **politische Programme** (Staatstätigkeiten); Merkmale: Problemlösung, Wert- und Zielorientierung (Gestaltung)

Forschungsinteresse: unterschiedlich hohe Sozialausgaben, variierende Umweltpolitiken, Pensionspolitiken, Kinderbetreuungspolitiken in den verschiedenen Staaten

2. Entwicklung der Policy-Forschung (Schmidt 1996)

2.1 Phase 1: Sozioökonomische Faktoren

„Does politics matter?“

- 60er/70er Jahre
- Strukturalistische Theorien (Fokus auf Strukturen, weniger auf Akteuren), Konvergenz-, Modernisierungs- und Kapitalismustheorie, Input-Output-Analysen
- Untersuchung unterschiedlich hoher Staatsausgaben
- **Staatstätigkeit als Reaktion auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedarfslagen** (sozioökonomische Entwicklungsniveaus, wirtschaftliche Entwicklung)
- Im Zentrum: epochale wirtschaftliche Veränderungen (von Agrar- zu Industrie- zu Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft)
- *Probleme*: unterschiedliche Reaktionen auf ähnliche Problemlagen, Umsetzung der Forderungen der Gesellschaft ignoriert, wenig Bedeutung politischer Erklärungsvariablen

2.2 Phase 2: Politische Faktoren

Erklärungskraft von politischen und sozioökonomischen Variablen

- ab Ende der 70er Jahre
- Parteiendifferenzhypothese: **parteipolitische Zusammensetzung der Regierung** verantwortlich für Höhe der Sozialausgaben (Parteien mit Basis sozial schwächerer Wählergruppen neigen zu großzügigerer Sozialpolitik)
 - o *Mitte-Rechts*: Preisstabilität; mehr Markt, weniger Staat (auch größere soziale Ungleichheit und höhere Arbeitslosenquoten)
 - o *Mitte-Links*: Vollbeschäftigung, sozialer Ausgleich (dafür weniger Preisstabilität und weniger Effizienz)
- Zusätzliche Akteure (Gewerkschaften, Verbände) versuchen Staatshandeln zu instrumentalisieren
- *Vorteile*: empirische Bestätigung (höhere Sozialausgaben sozialdemokratische Regierungen), d.h. Parteien können Einfluss nehmen und Ansichten der großen Parteien sind nach wie vor unterscheidbar
- *Probleme*: institutionellen Zwängen/Einschränkungen zu wenig beachtet (Schränken Regierungs- und Parteienhandeln ein); Veränderung von Parteien; unterschiedliche Ausrichtungen obwohl gleiche Parteifamilie; Messprobleme

2.3 Phase 3: Institutionalismus

Auf welche Weise und im Rahmen welcher Handlungszwänge und –grenzen wird Policy durch Polity und Politics geprägt?

- Einschränkungen durch Institutionen (z.B. Vetopunkte); Identifikation direkter und interagierender Effekte von Parteien und Institutionen

- Einfluss der Parteien und IG's abhängig von institutionellen Einschränkungen (z.B. Zauberformel in CH; Große Koalitionen)
- Messungen z.B. *Föderalismus-Unitarismus Indikator* (Lijphart) ermöglichen Einschätzung der Einflussmöglichkeiten
- **Institutionen als intervenierende Variable** (Phasen 1 + 2 seien zu sehr Input-Output orientiert, zu wenig Beachtung der Umformungsprozesse von Input zu Output)

2.4 Phase 4: Internationalisierung und Europäisierung

Inwieweit wird Staatstätigkeit auf nationalstaatlicher Ebene durch Internationalisierung und Europäisierung geprägt?

- ab 90er Jahre
- Thesen:
 - o Starke Einschränkung (Finanz- und Geldpolitik)
 - o Art der Reaktion hängt von Institutionen und Akteurskonstellationen im Staat ab: **Mehrebenenpolitik, Handlungskorridor** (Wände: Verfahrensregeln für Konsensbildung und Konfliktaustragung; Boden: vom Vorgänger geerbter Handlungsspielraum; Deckel: historisch gewachsene Arbeitsteilung zwischen Staat und Wirtschaft)

3. Policy-Zyklus – Phasenheuristik

- *Idee: Sequenz von Phasen*, der gesamte Dynamik des Prozesses soll erfasst werden (weniger statisch als bei Schmitt)
- Erlaubt stärkere Problemorientierung der Forschung, Phasen ähneln dem Prozess einer Problemlösung
- *Phasen* (Ausgangspunkt: sozialer, ökonomischer oder technologischer Wandel):
 - o Problemerkennung: **Agenda-Setting**
 - o Vorschlag von Lösungen: **Policy-Formulierung**
 - o Wahl einer Lösung: **Entscheidung**
 - o Anwenden einer Lösung: **Implementation**
 - o Monitoring/Überwachung: **Evaluation**
- *Nachteile:* keine Aussagen zu Kausalzusammenhängen, keine empirisch überprüfbar Hypothesen, Konzentration auf einen einzigen Politikzyklus, Vernachlässigung politischer Lernprozesse, Top-Down

4. Agendasetting-Ansatz – Repräsentation der Interessen

- *Fragen:* Aufmerksamkeit (warum?), Konzeptionalisierung (Framing von Issues) und Lösungssuche (wie und wo?)
- Annahme der **Uneindeutigkeit**: unterschiedliche Standpunkte; Beteiligte wissen nicht genau, was sie wollen; Zusammensetzung der Beteiligten ändert sich laufend
- Unter Uneindeutigkeit kein rationales Handeln (kann durch Information NICHT aus der Welt geschafft werden)
- **„Garbage Can“-Modell** (Ersatz für Modell des rationalen Handelns): Warum erhalten bestimmte Probleme in der Politik Aufmerksamkeit und andere nicht? Ströme, jeweils weitgehend unabhängig von den anderen:
 - o **Problem** (Inflationsraten, Arbeitslosigkeit, Demos o. allg. Feedback)
 - o **Policies** (Steuern)
 - o **Politics** (öffentliche Meinung, IG's, Parlament, allg. Akteure)
- Kritische Zeitpunkte: Ströme durch politische „Unternehmer“ aneinandergeschlossen
- Paket erhöht die Chance, dass Aufmerksamkeit einem bestimmten Issue (Thema) zugewendet wird dramatisch

5. Punctuated Equilibrium Ansatz – Information (Baumgartner/Jones 1993, 2002)

- Variante des Agendasetting-Ansatzes, **Informationsverarbeitung der Bürger und Entscheidungsinstanzen**
- Aufmerksamkeit für bestimmte Infos ist das knappe Gut (nicht die Info selber)
- Aufteilung des Policy-Prozesses in Subsysteme, welche sich nach dem selben Schema entwickeln:

- **Policy equilibria**: lange Perioden inkrementeller Veränderungen
 - o Monopol bestimmter Koalitionen, Folge von **negativen Rückkopplungen** (bestimmen die Routinepolitik im Policy-Subsystem, voraussagbar und stabil)
 - o Bestrebung, einen Trend auszubalancieren (inkrementelle Anpassungsprozesse, Mobilisierungen gegen Änderungsbemühungen)
 - o **Institutionelle Strukturen und Policy-Ideen als zentrale Quellen**, Gründe sind z.B. best. Programme, Budgetrestriktionen, Mangel an Argumente (sowie Erwartungen und Verfahrenskontrollen)
 - o Institutionelle Strukturen stützen das Policy-Monopol, kanalisieren Entscheidungsprozess (Erleichterung/Benachteiligung der Benützung bestimmter Informationen, fördern bestimmte Problemdefinitionen und andere nicht, konzentrieren den politischen Prozess auf spezifische Elemente der verfügbaren Informationen) und definieren Zugang für Akteure (Quoten)

- **Punctuation**: kurze Phasen radikaler Veränderungen
 - o oppositionelle Koalitionen können ihre *Policy-Images* durchsetzen und ein neues Monopol schaffen, Folge von **positiven Rückkopplungen** (selbstverstärkender Prozess, können explosiv sein, unbeständig und unberechenbar)
 - o scheinbar zufällige Ereignisse können eine Prozess auslösen und Status Quo verändern; Gründe sind z.B. multidimensionale Themen, Wahlen (sowie Erwartungen und Verfahrenskontrollen)
 - o **Imitation/Mimicking** (Anpassung seines Handelns aufgrund Beobachtung anderer) und **Aufmerksamkeitsverschiebung/Attention Shifting** (Aufmerksamkeit auf begrenzte Realitätsausschnitte begrenzt, bei Verschiebung der Issue-Dimension kann sich das Verhalten rasch und auf unvorhersehbare Weise ändern) als zentrale Mechanismen

- **Nicht-Linearität**: keine allgemeinen Voraussagen möglich, Analyse von Krisensituationen erst im Nachhinein möglich (wenn bekannt, was die Mobilisierungsprozesse waren)

6. Advokativkoalitionen-Ansatz – langfristige Entwicklung

Annahmen: Prozess des Policy-Wandels (und policy-orientiertes Lernen) kann nur in einer Zeitperspektive von über einem Jahrzehnt verstanden werden; Erfassung über Policy-Subsysteme am sinnvollsten; staatliche Massnahmen könne wie „Belief Systems“ konzeptualisiert werden

- **Advokativkoalitionen**: gemeinsame Weltanschauung, Werte und Ziele, gleiche Vorstellungen von politischen Kausalzusammenhängen (dazu gehören auch Akteure von öffentlichen und privaten Organisationen, Journalisten und Wissenschaftler); Zusammenhalt beruht auf dem Policy-Kern (bei Konflikten zwischen 2) ist bei Konflikt mit 1) richtungweisend wg höherer Relevanz; schwächere Koalitionen warten quasi auf externe Schocks um politische Ressourcen zu vergrössern
- **Ideensysteme (Belief Systems)**: verantwortlich für Kontinuität und relative Stabilität von politischen Programmen
 - o **1) Grundwerte** (deep core): grundlegende normative und ontologische Axiome (abstrakt, gegenüber Veränderungen relativ resistent, da nur aufgrund von überzeugenden Evidenzen und längerfristig Änderung des Systems der Grundwerte zu erwarten, externe Schocks, z.B. Veränderungen ökonomischer Bedingungen, Regierungsumbildungen)
 - o **2) Policy-Kern**: politische Positionen und Strategien zum Umsetzen der Grundwerte (zentrale Ideen eines Politikbereichs, stärker im Vordergrund als Grundwerte, deutlichere Handlungsrichtlinien als sekundäre Aspekte)

- **3) Sekundäre Aspekte:** instrumentelle Entscheidungen und Informationsprozesse
(Veränderungen Lernerfahrungen am häufigsten, stark direkter empirischer Evidenz ausgesetzt)
- Hall's **Veränderungsebenen:**
 - **Inkrementelle** Veränderungen (first order change)
 - Veränderungen **im Policy-Kern** (second order)
 - **Paradigmatische** Veränderungen (third order)